

Angestellten der Gesellschaft nicht; doch eine Analyse dieser Vorgänge erfolgt nicht. Selbst solch ein Paradebeispiel für das Ineinanderverflochtensein von Wirtschaft und Politik wie der Verkauf der Hapag – Dampfer an Rußland und die Belieferung der russischen Flotte mit Kohlen auf ihrem Weg nach Ostasien im Jahre 1904 wird weder gründlich untersucht noch auf seine Relevanz für den ja immerhin anspruchsvollen Titel des Buches analysiert. Statt dessen erfahren wir von jeder kaiserlichen Auszeichnung, die Ballin zuteil wurde, und werden mit Psychogrammen Wilhelms II., Bülow's und Bethmanns beglückt.

Was Cecil über Ballin's Vorstellungen zur Marinepolitik und zum deutsch-englischen Verhältnis sowie über seine Mitwirkung an den zahlreichen Versuchen zu einem deutsch-englischen agreement bis in die Julikrise 1914 hinein berichtet, ist nicht neu, dafür aber recht unvollständig (z. B. Vorgeschichte der Haldanemission. Daß Ballin keineswegs ein Gegner der Flottennovelle von 1912 war, an der die Haldanemission schon im Ansatz scheitern mußte, ist Cecil leider entgangen). Lediglich für die Zeit des ersten Weltkrieges hat Cecil einige neue Tatsachen über Ballin's Arbeit für einen deutsch-russischen Sonderfrieden und für die angemessene Entschädigung der vom Krieg schwer betroffenen Reedereien mitgeteilt. Aber auch hier fehlt selbst der Ansatz zu einer kritischen Analyse und Einordnung dieser Aktivitäten in das politische Kräfte-spiel des Reiches.

Dem Anspruch, am Beispiel Albert Ballin's eine Aussage zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich zu machen, genügt die Untersuchung von Lamar Cecil nicht; aber Emil Ludwig, der meisterliche historisierende Journalist der zwanziger Jahre, hätte an diesem Buch sicherlich seine Freude gehabt.

Peter-Christian Witt

Lothar Burchardt, Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914 (= Militärgeschichtliche Studien, Bd. 6), Verlag Boldt, Boppard am Rhein 1968, 277 S., 30 DM.

Die Frage, ob die wirtschaftlichen Vorbereitungen für den Kriegsfall im kaiserlichen Deutschland ausreichend waren, hat schon während des ersten Weltkrieges in den politischen Auseinandersetzungen und dann bei der Diskussion der Kriegsschuldfrage bis in die heutige Zeit eine wichtige Rolle gespielt. Um so erstaunlicher war es, daß abgesehen von apologetischen Äußerungen in Memoiren (z. B. Delbrück) und den ebenfalls einer bestimmten politisch-historiographischen Auffassung dienenden Veröffentlichungen des Reichsarchivs (Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. 1 u. Anlangenband, hrsg. v. Reichsarchiv, Berlin 1930) keine umfassende, das Problem von allen Seiten beleuchtende Darstellung entstanden ist.

Lothar Burchardt versucht nun, mit der vorliegenden Studie diese Lücke zu füllen. Burchardt stützt seine Untersuchung vor allem auf die zeitgenössischen Erörterungen und auf die Akten der Reichsämtler und der bayerischen Ministerien. Allerdings muß schon an dieser Stelle daraufhingewiesen werden, daß die Nichtbenutzung der Akten des Reichsschatzamt's – es existieren allein vier Aktenreihen mit rund 30 Bänden zu Fragen der finanziellen Kriegsvorbereitung – und der preußischen Ministerien für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und für Finanzen z. T. zu einer nicht ganz korrekten Einschätzung der staatlichen Maßnahmen zur wirtschaftlichen und – hiermit untrennbar verbunden – finanziellen Vorbereitung auf den Kriegsfall führte.

Für die richtige Beurteilung der Frage, ob das Deutsche Reich sich in zureichender Weise wirtschaftlich vorbereitet hatte, ist selbstverständlich die vorherige Klärung der Frage notwendig, wie man sich in Deutschland einen zukünftigen Krieg vorstellte.

Denn alle jene Stimmen, die während und nach dem ersten Weltkrieg die Sorglosigkeit beklagten, mit der vor dem Krieg die wirtschaftlichen Probleme eines langandauernden Krieges mit vollständiger Seeblockade Deutschlands durch seine Gegner behandelt worden waren, sind als ex-post – Äußerungen für die Erörterung dieser Frage völlig wertlos. Sie können ja nur den Tatbestand bestätigen, daß Deutschland objektiv auf einen langen Krieg nicht vorbereitet war. Die Stimmen aus der Vorkriegszeit, die Burchardt voller Akribie zusammengetragen hat, beweisen jedoch eines unzweifelhaft: weder aktive noch inaktive Militärs, weder Bürokraten noch Wirtschaftsführer, weder Publizisten noch Professoren der Nationalökonomie rechneten mit einer Kriegsdauer, die wesentlich über zwölf Monate hinausging. Bezeichnend dabei ist, daß gerade diejenigen, die die Sachlage von ihrem Fach am ehesten glaubten beurteilen zu können, die Militärs, in der Regel mit einem ganz kurzen Krieg von nicht mehr als sechs Monaten rechneten. Zwar gab es hier graduelle Unterschiede zwischen Großem Generalstab, Preußischem Kriegsministerium und dem Reichsmarineamt, das geneigt war, eher mit einer längeren Dauer (von etwa 18 Monaten) zu rechnen, wohl schwankte selbst der Generalstabschef Moltke – allerdings meist aus politisch-taktischen Motiven, wenn wieder einmal eine Heeresvorlage durchgesetzt werden sollte wie 1911/12 und 1912/13 – in seiner Beurteilung (Burchardt überinterpretiert Moltkes verschiedene Äußerungen), aber es gab doch einen allgemeinen Konsensus, daß der Krieg von einer verhältnismäßig kurzen, ein Jahr nicht überschreitenden Dauer sein würde. Jede andere Auffassung in militärischen Kreisen ebenso wie bei der zivilen Reichsleitung – und diesen Aspekt übersieht Burchardt – hätte ja auch die eigenen militärischen Planungen (Schlieffen-Plan) und die konkreten Rüstungen (wie z. B. die Heeresvorlage von 1913) ad absurdum geführt. Die Illusion von Blitzkrieg und Blitzsieg beherrschte das Denken der verantwortlichen Militärs und Politiker vor dem ersten Weltkrieg völlig.

Daß sich trotz dieses Konsensus über die Dauer des Krieges Auseinandersetzungen über die Notwendigkeit und die Möglichkeit wirtschaftlicher, von Reich wegen gesteuerter Vorbereitungen auf den Kriegsfall entwickeln konnten, lag im wesentlichen daran, daß zivile und militärische Stellen z. T. die Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Rohstoffen und Lebensmittelzufuhren sehr unterschiedlich beurteilten und sich eine einmütige Auffassung über das Recht zur staatlichen Beeinflussung der privat-kapitalistisch organisierten deutschen Wirtschaft nicht herstellen ließ. Außerdem gestattete es die überaus schwierige finanzielle Lage, in der sich das Reich vor 1914 in Permanenz befand, überhaupt nicht, neben den ungeheuren Lasten, die die militärische Rüstung von Heer und Flotte mit sich brachte, noch nennenswerte Summen für eine kriegswirtschaftliche Vorratshaltung von Rohstoffen und Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen. Leider hat Burchardt diese Problematik nur sehr unzureichend berücksichtigt. Dies ist um so bedauerlicher, weil sich aus der Finanznot des Reiches sehr leicht die Abstinenz Bethmann-Hollwegs in Fragen der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung erklären läßt. Denn schon die Steuererhöhungen des Jahres 1913, die doch unmittelbar der Finanzierung der Wehrevorlage dienten, hatten seine innenpolitische Stellung vor allem infolge der Haltung der konservativen Partei ins Wanken gebracht und seinen Sturz in greifbare Nähe gerückt. Es war daher für ihn – unterstützt vom Staatssekretär des Reichsschatzamts – ein Gebot der Selbsterhaltung, allen kostspieligen Kriegswirtschaftsplänen möglichst aus dem Wege zu gehen. Diese finanzwirtschaftlichen Gründe zusammen mit den Vorstellungen von einem ganz kurzen Krieg sorgten dafür, daß alle Überlegungen – auch die seit 1912 tagende kriegswirtschaftliche Konferenz der Reichs- und preußischen Ressorts änderte daran wenig – im Grunde ohne konkrete Auswirkungen blieben. Lediglich die ziffernmäßige Erfassung von Vorräten an kriegs-

wirtschaftlich wichtigen Rohstoffen und Lebensmitteln und eine Rohstoff- und Lebensmittelbilanz Deutschlands, aus der sich der jährliche Importbedarf in etwa ablesen ließ, wurde bis 1914 in Angriff genommen.

Aber auch die Erörterungen nichtamtlicher Stellen blieben bis 1914 ineffektiv. Industrielle, Handelsorganisationen und Landwirtschaft dachten gar nicht daran, eine kostspielige Vorratswirtschaft zu betreiben, wenn man von den in bescheidenem Umfang nach 1912 angelegten Getreidevorräten absieht, die vom Reich durch billige Lombardkredite gestützt wurden. Wohl hatte gerade die Frage der Eigenversorgung Deutschlands mit Getreide seit 1893 in öffentlichen Debatten eine große Rolle gespielt, aber mit Kriegsvorsorge hatte das wenig zu tun. Die Agrarier und ihre Interessenorganisationen hatten zwar bei ihren lautstarken Forderungen nach höheren Getreidezöllen immer betont, daß Deutschland nur hierdurch die kriegswirtschaftlich wichtige Autarkie in der Getreide- und Fleischversorgung erreichen könne, als jedoch der erhöhte Zollschutz durch den Tarif von 1902 und die Handelsverträge erreicht war, ließen sie dies Argument schnell wieder fallen; denn es zeigte sich sehr bald, daß trotz der hohen Zölle von einer auch nur annähernden Selbstversorgung Deutschlands keine Rede sein konnte. Burchardt hat an diesem Beispiel sehr eindringlich den interessenpolitischen Hintergrund und die praktische Bedeutungslosigkeit des Argumentierens mit der Kriegsvorsorge dargelegt.

Burchardts allgemeinem Ergebnis, daß Deutschland objektiv wirtschaftlich auf einen langen Krieg nicht vorbereitet war, ja, daß selbst die Vorbereitungen für einen wenige Monate dauernden Krieg unzureichend waren, ist voll zuzustimmen, doch scheint er das subjektive Gefühl in militärischen und zivilen Stellen, alles sei wohl vorbereitet, zu unterschätzen. Denn selbst wenn man im Reichsamt des Innern und vor allem im Großen Generalstab und im Kriegsministerium manche Maßnahme für wünschenswert hielt, änderte das kaum etwas an der Tatsache, daß diese Wünsche eigentlich nur für den als unwahrscheinlich empfundenen Fall, das Versagen der Blitzsiegstrategie des Schlieffenplans, gelten sollten.

Peter-Christian Witt

Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Droste Verlag, Düsseldorf 1969, 806 S., 39 DM.

Seit der Reichsgründung 1871 hat es in Deutschland fünf verschiedene politische Regime gegeben, von denen zwei in ihrem Gegeneinander die moderne Version der »deutschen Frage« bilden. Grund genug, die Diskussionen darüber, ob die deutsche Außenpolitik von Bismarck bis heute angemessener unter dem Blickwinkel der Kontinuität oder der Diskontinuität zu deuten ist, für mehr als einen Kathederstreit zu halten. In der Tat haben die Perspektiven hier ebenfalls häufig gewechselt, und wer wollte so naiv sein und die Behauptung aufstellen, einzig die Suche nach der reinen Wahrheit habe den Interpreten die Feder geführt.

Ins Konkrete gewendet: das nachhaltigere Verdienst von Fritz Fischer ist wohl darin zu sehen, daß er seit ungefähr zehn Jahren die Zunft der Historiker in der Bundesrepublik dazu gebracht hat, auch ein wenig ihre neonationalistischen Vorurteile zu reflektieren. Solche Prozesse kommen in der Regel nur langsam in Gang; um so unverblümter muß man Fischer das Kompliment machen, daß er und seine Schüler es fertiggebracht haben, die Akzente bei der Betrachtung der Geschichte Deutschlands zur Zeit des Wilhelminismus neu zu setzen.

Seit dem Erscheinen von »Griff nach der Weltmacht« (1961) ist die Kontroverse um das, was etwas mißverständlich die Kriegsschuldfrage genannt wird, wieder heiß ge-